

# Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

[www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de](http://www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de)

Ausgabe März 2023

**Hinweis:** Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

**Einladung:** Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: [info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de](mailto:info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de) (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

## Inhalt dieser Ausgabe

- [Editorial](#)
- [Free Julian Assange! Der Dokumentarfilm "ithaka"](#)
- [Andrea Drescher: #FreeBallweg – Werdet aktiv!](#)
- [Daniele Ganser: Deutschland schlittert in den Krieg](#)
- [Thomas Barth: ... kaum noch eine Debattenkultur](#)
- [Alex. Reich: Kinder- und Jugendarmut auf Rekordhoch](#)
- [Bündnis Klinikrettung: Analyse der Vorschläge zur Krankenhausversorgung](#)
- [Seymour Hersh: Die Details werden bekannt: Wie die USA Nord Stream gesprengt haben](#)
- [Jeffrey Sachs: Unterrichtung des UN-Sicherheitsrats über die Nord Stream-Pipeline](#)
- [Raymond McGovern: Das wahre Problem: Der blutgetränkte Waffenhandel](#)
- [Langer Krieg in der Ukraine ist gegen US-Interessen](#)
- [Jeremy Kuzmarov: Gemeinsamer Protest gegen den Krieg in der Ukraine, der sich vor einem Jahr jährte](#)
- [Matthew Ehret: Das andere Amerika - oder die drei verpassten Chancen, den Dritten Weltkrieg zu vermeiden](#)
- [Frankreich: Rentenreform ... gegen den Volkswillen](#)
- [Hans Boller: Vor China muss man sich nicht fürchten](#)

Zitat des Monats von [Aus China](#):

**Die Wahrheiten, die wir am wenigsten gern hören,  
sind diejenigen, die wir am nötigsten kennen sollten.**

## Editorial

Die Ausgabe beginnt mit Beiträgen, die sich mit Einschränkungen der **Meinungsfreiheit** beschäftigen. Ein bewegender Film erinnert an das politisch gewollte, erschreckende Schicksal von Julian Assange. Der Querdenker-Initiator Michael Ballweg sitzt seit langer Zeit in Untersuchungshaft und seine Anwälte legen dagegen Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht ein. Daniele Ganser soll und sollte gehindert werden, seine Vorträge zum Thema Ukraine-Krieg zu halten, ist aber in vielen Fällen erfolgreich dagegen vorgegangen und hat vor großen Auditorien gesprochen. Thomas Barth diskutiert mit Michael Lüders über die in Deutschland stark **beschädigte Debattenkultur**.

Dabei gäbe es innenpolitisch genug zu debattieren: zum Beispiel die **Kinder- und Jugendarmut**, über die Alexander Reich berichtet oder die geplante **Krankenhausreform** (nächster Beitrag), die eine flächendeckende Gesundheitsversorgung verschlechtern wird.

Und vor allem zur Außenpolitik gäbe es mehr als genug zu debattieren: Die **Zerstörung der North-Stream-Pipeline** geht nach Seymour Hersh auf einen Anschlag durch die USA zurück. Jeffrey Sachs hat dazu vor dem UN-Sicherheitsrat eine Stellungnahme abgegeben, in der er eine genaue Untersuchung fordert und Raymond McGovern hat sich dort gegen eine Verleumdung von Hersh ausgesprochen. In einem weiteren Beitrag fordert McGovern den Papst in einem Interview auf, deutlich gegen den **Waffenhandel** als eigentliche Ursache des Ukraine-Krieges Stellung zu nehmen. Immerhin gibt es selbst in dem US-Think-Tank RAND Corporation inzwischen die Einschätzung, dass ein langer **Krieg in der Ukraine** nicht im Interesse der USA sei. Jeremy Kuzmarov berichtet von der großen **Demonstration am 19.02.2023 in Washington DC**, die zeigt, dass auch in der Bevölkerung die Stellungnahme gegen den Krieg wächst und politische Gegner zusammenbringt. Matthew Ehret erinnert an drei nicht erfolgreiche Versuche in den letzten 30 Jahren in den USA, eine **friedliche Koexistenz mit Russland** zu finden.

Im nächsten Beitrag schildert Pierre Levy die Aktivitäten und Argumente der **französischen Bürger**, die sich **gegen die Rentenreform** wehren. Diese wurde trotz der von Hansgeorg Hermann dargestellten Verschärfung der Proteste per Dekret in Kraft gesetzt und führte nach Michaela Wiegel zu Misstrauensanträgen gegen die Regierung.

Zum Schluss wirft Hans Boller einen Blick auf die **Volksrepublik China**, um uns die Philosophie, Denk- und Handlungsweise der dortigen Politik verständlich zu machen.

[Inhalt](#) ↑

### • Free Julian Assange! Der Dokumentarfilm “ithaka”

Der [Dokumentarfilm “ithaka. A Father. A Family. A Fight for Justice”](#) porträtiert eindrücklich und sensibel einen Vater, John Shipton, bei seinem leidvollen Bemühen um das Leben seines Sohnes Julian Assange – Wikileaks-Gründer und derzeit bekanntester politischer Gefangener der westlichen Welt. Es geht auch um das Tauziehen um die Informationsfreiheit und die Freiheit des investigativen Journalismus – beides Grundpfeiler der Demokratie.

Wikileaks veröffentlichte geheim gehaltene Dokumente, die Korruption, Machtmissbrauch und Kriegsverbrechen beleuchten, womit Julian Assange kompromisslos für eine offene Gesellschaft eingetreten ist. Für diesen Mut büßt der Journalist seit vielen Jahren mit dem Verlust seiner Freiheit und seiner Gesundheit. Seit April 2019 wird er im Londoner Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh in Abschiebehaft gehalten und durch Isolation nachweislich gefoltert. Die Veröffentlichung von Kriegsverbrechen des US-Militärs wurde von den Regierungen der USA als Spionage eingestuft. Auf dieser Grundlage verlangen sie die Auslieferung des Journalisten. In den USA erwarten ihn bis zu 175 Jahre Haft. "ithaka" zeigt in teilweise intimen Szenen, welche dramatische Auswirkungen die fortlaufende Inhaftierung und die drohende Auslieferung nicht nur auf Julian Assange selbst, sondern auch auf seine Familie haben. Der Film wurde am 21.01.2023 in Köln gezeigt. [Weitere Termine und Orte finden sie hier.](#)

[Inhalt](#) ↑

- **Andrea Drescher: #FreeBallweg – Werdet aktiv!**

Michael Ballweg sitzt noch immer in Stuttgart Stammheim ein. Das Verteidigerteam stellt nach dem letzten Beschluss des Oberlandesgerichts Stuttgart vom 02.01.2023 fest, dass im Beschluss "[sämtliche Argumente und Nachweise der Verteidigung vollständig ignoriert](#) worden" sind, dazu zählen auch die von der Verteidigung vorgetragene Verfahrensfehler und Sachfragen. In einer aktuellen Presse-Aussendung ruft das Verteidigerteam dazu auf, eine Medienkampagne bei Twitter zu starten, um Druck auf Politik und Justiz aufzubauen.

Wegen der andauernden Untersuchungshaft von "Querdenken"-Initiator Michael Ballweg wollten dessen Anwälte [Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht](#) einlegen, um den Beschluss des Oberlandesgerichts (OLG) Stuttgart zur Fortdauer der Haft über ein halbes Jahr hinaus prüfen zu lassen. Die Anwälte kritisieren scharf, dass Richter mehrfach Haftprüfungstermine abgebrochen hätten, ohne dass Ballweg seine Sichtweise vollständig habe vortragen können. "Die Verfassungsbeschwerde ist notwendig, um in einem nächsten Schritt den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anzurufen." Aber die [Beschwerde mit dem Aktenzeichen 2 BvR 146/23 ist in Karlsruhe nicht zur Entscheidung angenommen](#) worden. Damit ist auch der Antrag auf eine einstweilige Anordnung gegenstandslos. Sie ist laut Beschluss des Bundesverfassungsgerichts in mehreren Punkten unzulässig. Ballwegs Anwälte hatten im Januar erklärt, die Verfassungsbeschwerde sei notwendig, um im nächsten Schritt den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anzurufen.

*[Andrea Drescher](#), Jg. 1961, ist Unternehmensberaterin, Informatikerin, Selbstversorgerin, Friedensaktivistin, Schreiberling und Übersetzerin sowie seit ihrer Jugend überzeugte Antifaschistin. Zuletzt erschien von ihr "Menschen mit Mut". (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- **Daniele Ganser: Deutschland schlittert in den Krieg**

Der Friedensforscher Daniele Ganser hält die Entscheidung von Bundeskanzler Scholz, den Kampfpanzer Leopard an die Ukraine zu liefern, für falsch. Im Gespräch mit Helmut Reinhard von 'Politik Spezial' (Video, 30m55) sagt Ganser: [Wir brauchen kein Wettrüsten, sondern Friedensgespräche](#). Die USA üben Druck auf Deutschland aus. SPD, Grüne und FDP begrüßen den Entscheid von Scholz. Der Linken-Fraktionschef Dietmar Bartsch hingegen kritisiert die Entscheidung der Bundesregierung als gefährlich. "Leopard"-Panzer seien der Auftakt "in eine mögliche Rutschbahn Richtung Katastrophe". Auf diese Rutschbahn führte bisher immer die US-Regierung, die großes Interesse daran hat, dass sich die BRD und Russland in ihrer Entwicklung nicht gegenseitig helfen können. Ganser hat immer wieder mit Diffamierungen zu tun, lässt sich

aber nicht einschüchtern. So [darf Ganser in der Westfalenhalle in Dortmund nicht auftreten](#), da er Verschwörungstheoretiker sei. Mit derselben Begründung darf Ganser auch in der Meistersingerhalle Nürnbergs nicht auftreten.

Die Veranstalter der für Ganser geplanten Auftritte "[gehen nun juristisch gegen die politisch motivierten Auftrittsverbote der Hallenbetreiber entschlossen vor](#)". Verträge dürfen nicht einfach willkürlich gekündigt werden, wenn ein Redner sich in Kriegszeiten für den Frieden ausspricht. Wir werden alle Vorträge wie versprochen durchführen. Unterstützt uns bitte dabei, dass die friedliche Botschaft Daniele Gansers weiter in die Welt hinausgetragen wird." In dem Aufruf werden die bisher bekannten Auftrittstermine von Daniele Ganser in 2023 aufgelistet.

Am 08.03.2023 hat das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen per Eilentscheidung [entschieden, dass Ganser doch in Dortmund auftreten darf](#) und die Stadt im Wege der einstweiligen Anordnung zur entsprechenden Einwirkung auf die Westfalenhalle GmbH verpflichtet. Die Stadt [Dortmund will gegen den Entscheid Beschwerde einlegen](#).

In der Filderhalle in Leinfelden-Echterdingen darf Ganser auftreten, da der Oberbürgermeister der Stadt, Roland Klenk, nach eigener Recherche und Diskussion mit dem Gemeinderat findet, dass die in der Vergangenheit getätigten [Äußerungen Gansers juristisch von der Meinungsfreiheit gedeckt](#) gewesen sind. Seiner Kenntnis nach sei der Redner bisher nicht strafrechtlich belangt worden. Dagegen [darf Ganser in der Meistersingerhalle in Nürnberg nicht auftreten](#), nachdem der dortige Oberbürgermeister Marcus König entschieden hat, dass der Vertrag mit dem Veranstalter gekündigt wird. König erklärte: "Wir machen uns nicht gemein mit Verschwörungstheorien."

Bis Ende März sind die Auftrittsveranstaltungen von Daniele Ganser ausgebucht. Diese und die weiteren bis November sind [hier aufgelistet](#).

*[Daniele Ganser](#), Jg. 1972, ist Schweizer Historiker, spezialisiert auf Zeitgeschichte seit 1945 und Internationale Politik, sowie Energie- und Friedensforscher. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

#### ● Thomas Barth: **In Deutschland gibt es mittlerweile kaum noch eine Debattenkultur**

Der Politik- und Islamwissenschaftler Michael Lüders äußert im Interview, dass es in Deutschland kaum noch eine Debattenkultur gebe. So laufe z.B. ein Kritiker der Waffenlieferungen an die Ukraine oder ein Befürworter von Friedensverhandlungen Gefahr, ausgegrenzt zu werden – entweder durch Ignorieren der sich äussernden Person oder durch inszenierte, langanhaltende Diffamierungen (Shitstorm). Dabei würden die Leitplanken immer enger gesetzt. Lüders: "[Wer sich nicht lenken lassen mag, zahlt seinen Preis](#). Nonkonformisten haben gegenwärtig einen schweren Stand. Aber das muss nicht so bleiben. In jedem Land gibt es genügend kritische Menschen, die sich zu engagieren beginnen. Angefangen damit, offiziellen Verlautbarungen mit Vorsicht zu begegnen."

Ein Beispiel für den Umgang mit Kritikern stellt der Fall von Heiner Bücker dar, der bei einer Kundgebung der 'Friedenskoordination' anlässlich des 81. Jahrestages des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion am 22.06.2022 am Sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow gehalten hat. Rüdiger Göbel schreibt dazu: "Während Protestaktionen vor dem Kanzleramt für die Lieferung von 'Leopard'-Kampfpanzern in die Ukraine beste Sendezeit bekommen, werden Kriegsgegner kriminalisiert. In den vergangenen Tagen hat die Justiz im rot-grün-rot regierten Berlin den Friedensaktivisten Heiner Bücker, Betreiber des 'Coop Anti-War Cafés', [zur Zahlung einer Geldstrafe in Höhe von 2'000 Euro verurteilt](#), ersatzweise 40 Tage Haft, plus Übernahme der Verfahrenskosten. Der Vorwurf lautet auf 'Belohnung und Billigung von Straftaten' nach Paragraph 140 Strafgesetzbuch."

*[Thomas Barth](#), Kriminologe und freier Journalist und Autor, Mitglied von Attac, interessiert an Netzkultur, Film und Medienkonzernen. (Red.)*

[Michael Lüders](#), Jg. 1959, beschäftigt sich seit seiner Ausbildung mit der arabischen Welt, mit dem Nahen Osten und Zentralasien. Er hat dazu in verschiedenen Medien analysiert, berichtet und kommentiert sowie Expertisen für GIZ, BMZ und Auswärtiges Amt abgegeben. Er ist Präsident der 'Deutsch-Arabischen Gesellschaft' in Nachfolge von Peter Scholl-Latour sowie Roman- und Sachbuchautor. (Red.)

[Rüdiger Göbel](#) war viele Jahre für die 'Tageszeitung junge Welt' in Berlin tätig. Er beobachtet die Stimmungsmache gegen Russland in westlichen Medien sowie die Interventionspolitik von NATO und USA und versucht, denen eine Stimme zu geben, die sich dagegen zur Wehr setzen. Während des völkerrechtswidrigen Krieges gegen Jugoslawien war er Korrespondent in Belgrad. Er ist Mitherausgeber mehrerer Bücher zu den Folgen von Sanktionen, Krieg und der Besetzung im Irak. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Alexander Reich: **Kinder- und Jugendarmut auf Rekordhoch**

In der reichen BRD [leben 2,88 Millionen Kinder und Jugendliche in Armut](#). Mehr als jeder fünfte Heranwachsende ist betroffen. Bei den jungen Erwachsenen (18-24 Jahre) sind es 1,55 Millionen. Hier liegt der Anteil mit 25,5% von allen Altersgruppen am höchsten, heißt es in einer Studie der Bertelsmann-Stiftung. Junge Erwachsene in Ostdeutschland sind deutlich häufiger betroffen als solche im Westen (32,5% bzw. 24,2%). Im Osten liegt der Anteil junger Frauen dabei 6,2% über dem der jungen Männer, im Westen sind es nur 2,9%. Auch im Westen sind die regionalen Unterschiede riesig. In der bayerischen Kreisstadt Roth liegt die Kinderarmutsquote bei 2,7%, in Gelsenkirchen bei 41,7%. Besonders hoch liegen die Anteile mit 41,6% bei Alleinerziehenden, in Mecklenburg-Vorpommern sind es sogar 50% und in Bremen 54%. Die Zahl der Kinder von Alleinerziehenden, die Transferleistungen beziehen, ist im Juni 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 11,5% gestiegen. Die Armutsschwelle liegt bei 60% des mittleren Haushaltseinkommens. Bei Paarfamilien mit zwei Kindern sind das 2'410 Euro im Monat, Transferleistungen eingeschlossen, bei Alleinerziehenden mit einem Kind 1'492 Euro. In der Studie ist nach Alexander Reich euphemistisch von "Armutgefährdung" die Rede.

[Inhalt](#) ↑

- Bündnis Klinikrettung: **Analyse der Vorschläge der "Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung"**

Am 6.12.2022 stellten der Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach und die Mitglieder der "Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung" ihre Vorschläge für Reformen im Krankenhausbereich vor. In einer kritischen Analyse fasst das 'Bündnis Klinikrettung' die wichtigsten Punkte der geplanten Reform zusammen: 1) die Beibehaltung der Fallpauschalenfinanzierung, 2) die Deckelung der Krankenhauskosten auf Bundesebene, 3) die strenge Aufspaltung und Aufteilung der Krankenhauslandschaft (durch die Einführung von Krankenhauslevels und Leistungsgruppen mit strengen Strukturvorgaben) und 4) die zunehmende Ambulantisierung im Krankenhausbereich. Die [Reformvorschläge tragen die deutliche Handschrift der Schließungslobbyisten](#) Reinhard Busse und Boris Augurzky, die sich seit spätestens 2008 für den Krankenhauskahlschlag einsetzen. Die Vorschläge für eine Vorhaltefinanzierung, für Ambulantisierung und für die Einführung von Hybrid-Fallpauschalen decken sich in wesentlichen Teilen mit Policy-Vorstößen der privaten Münch-Stiftung des Rhön-Kliniken-Gründers Eugen Münch (Vorstandsvorsitzender: Prof. Dr. Augurzky) und der AOK.

Für das Bündnis sind es also Interessensvertreter der privaten Klinikkonzerne, der Beratungsfirmen und der Krankenkassen, die einen prägenden Einfluss auf die Reform geübt

haben. Die von Lauterbach mehrfach betonte Unabhängigkeit der Kommission sei nur vorgetäuscht. Vertretern von Patienten, Beschäftigten und kleineren Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung wurde die Beteiligung an der Kommissionsarbeit verwehrt. Werden diese Maßnahmen beibehalten, wird die Reform das Kliniksterben in Deutschland nicht stoppen (von 1991 bis 2021 über [500 von 2'411 Kliniken geschlossen](#)), sondern signifikant verschärfen (Video, 6m02). Denn die Reform wird klinische Mitarbeiter durch Dokumentation und Kodierung zusätzlich belasten, Krankenhäuser im Rahmen der Ambulantisierung zur Reduktion des Klinikpersonals zwingen und die klinischen MitarbeiterInnen zusätzlich belasten und die Schließung von Krankenhäusern insbesondere in ländlichen Regionen forcieren, da viele Krankenhäuser durch Einrichtungen des Level 1i oder Ambulante Gesundheitszentren ersetzt werden.

In einer gemeinsamen Erklärung von neun gesundheitspolitischen Initiativen wird eine tatsächliche [Reform statt Etikettenschwindel gefordert](#), nämlich: Orientierung an Bedarfsgerechtigkeit, Gemeinwohlorientierung und Gewinnverbot, Stopp der Privatisierung, Abschaffung des DRG-Fallpauschalensystems, Kostendeckung in der Krankenhausfinanzierung, verbindliche Personalschlüssel für alle Bereiche im Krankenhaus sowie die Demokratisierung von Krankenhausplanung und Steuerung.

Die medizinische Versorgung solle wieder im Mittelpunkt stehen, hatte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach anlässlich der Vorstellung des Reformkonzepts der von ihm eingesetzten Krankenhauskommission Anfang Dezember verkündet. Nimmt man die Befunde einer am Montag veröffentlichten "Auswirkungsanalyse", erscheinen die Worte rückblickend als glatte Lüge. Demnach könnte von den heute bestehenden Kliniken in Deutschland im Falle der Umsetzung der Pläne mehr als jede zweite zu einem regionalen Gesundheitszentrum mit drastisch reduziertem Leistungskatalog herabgestuft werden. [Allein die Hälfte aller Entbindungsstationen droht zu verschwinden](#), ein Kahlschlag ähnlicher Größenordnung stünde den Bereichen Kardiologie und Urologie bevor. Schlimme Aussichten ergeben sich vor allem für Bayern und Nordrhein-Westfalen, wo es jeweils heftige Kritik an den Plänen gibt.

*Das [Bündnis Klinikrettung](#) ist eine Arbeitsgruppe des Vereins [Gemeingut in BürgerInnenhand e.V.](#); dieser wurde 2010 gegründet und setzt sich dafür ein, dass Schulgebäude, Wasserleitungen, Krankenhäuser und öffentliche Verkehrsmittel dem Gemeinwohl dienen und nicht Spekulationsobjekte privater Investoren sind. (Red.).*

[Inhalt](#) ↑

- Seymour Hersh: **Die Details werden bekannt: Wie die USA Nord Stream gesprengt haben**

Aufgrund einer nicht genannten Quelle ist es Seymour Hersh gelungen, den Vorgang und die Verantwortlichen der Sprengung der Gasleitungen 'Nord Stream 1' und 'Nord Stream 2' zu beschreiben. Demnach ist die [US-Regierung für die Sprengung verantwortlich](#). Aus seinem Bericht, in dem er auch auf US-Erfahrungen in anderen geheimen militärischen Aktionen verweist, ist zu entnehmen, dass die Aktion unter Federführung der USA, aber intensiver und erfolgreicher planerischer Zusammenarbeit mit Norwegen und unter Nutzung von US-Marinetauchern durchgeführt wurde. Die Aktion wurde als Zusatzübung der NATO-Manövers 'BALTOPS 22' zum Ausbringen und Zerstören von Minen getarnt. Als Sprengstoff wurden C4-Ladungen verwendet, die unter Beton-Abdeckungen versteckt wurden. Die Sprengung wurde zunächst mit einer Verzögerung von 48 Stunden nach Abzug der Manöverschiffe geplant, dann aber erfolgte die Auslösung der zeitverzögerten Sprengungen durch eine von einem Flugzeug abgeworfenen Sonarboje, lange nachdem die Kriegsschiffe der Militärübung aus der Ostsee abgezogen waren.

[Seymour Hersh](#), Jg. 1937, ist einer der bekanntesten US-amerikanischen Investigativjournalisten. 1969 deckte er Kriegsverbrechen der US-Armee im Vietnamkrieg auf. 2004 schrieb er über den Folterskandal im irakischen Abu-Ghraib-Gefängnis. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Jeffrey Sachs: **Unterrichtung des UN-Sicherheitsrats über die Nord-Stream-Pipeline**

Auf einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats zur Nord-Stream-Leitung [hat Jeffrey Sachs eine persönliche Stellungnahme abgegeben](#). Darin verurteilt er die Zerstörung von Nord-Stream als einen Akt des internationalen Terrorismus und fordert den Rat auf, "sich mit der Frage zu befassen, wer die Tat begangen haben könnte, um den Täter vor die internationale Justiz zu stellen, die Entschädigung der Geschädigten zu betreiben und künftige derartige Aktionen zu verhindern". Die Untersuchung müsse eine hohe globale Priorität haben, da die Staaten Vertrauen in grenzüberschreitende Infrastrukturen brauchen. Die Zerstörung von Nord-Stream sei nur von einer Handvoll staatlicher Akteure durchführbar gewesen. Die NATO-Staaten hätten selbst ausgeschlossen, dass Russland diesen Terrorakt durchgeführt habe. Der UN-Sicherheitsrat solle die ermittelnden Länder Schweden, Dänemark und Deutschland auffordern, ihre Untersuchungsergebnisse zu übermitteln. Die Darstellung von Seymour Hersh werde zwar vom Weißen Haus als "komplett und völlig falsch" bezeichnet, ohne jedoch inhaltlich zu widersprechen oder zu korrigieren. Sachs verwies auch auf die diversen Äußerungen von US-Beamten und Politikern zu der Pipeline, die eine Verurteilung des Aktes nicht erkennen lassen. "Eine objektive Untersuchung des Nord-Stream-Terrorismus durch den UN-Sicherheitsrat, bei der alle Länder ihr Wissen einbringen, ist wichtig für das weltweite Vertrauen in dieses Gremium und – was am wichtigsten ist – für den globalen Frieden und die nachhaltige Entwicklung."

Im Anschluss an Jeffreys Rede sprach sich Ray McGovern gegen eine Verleumdung von Hersh aus. Von den Ratsmitgliedern ergriff zuerst der russische Vertreter das Wort und erklärte, die am 08.02.2023 veröffentlichte Untersuchung von Seymour Hersh zeige, dass die USA die Sabotage des Nord-Stream-Projekts mit Hilfe eines NATO-Verbündeten durchgeführt hätten – eine Gewaltanwendung, die nicht im Einklang mit den Zielen der UNO stehe. Der US-Vertreter bezeichnete die Sitzung als einen unverhohlenen Versuch der Russischen Föderation, von den Auswirkungen ihrer illegalen und groß angelegten Invasion in der Ukraine abzulenken. [Viele Delegierte verurteilten die Sabotage der Nord-Stream-Pipelines im September 2022](#), bei denen es sich um kritische zivile Infrastruktur handelt, und äußerten ihre Besorgnis über die Umweltauswirkungen der Gaslecks. Der stellvertretende Generalsekretär in der UN-Abteilung für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten, Navid [Hanif, erklärte, dass die internationale Gemeinschaft Maßnahmen ergreifen müsse](#), um die Folgen der jüngsten Lecks in den Nord-Stream-Pipelines anzugehen, während die Ursachen untersucht würden. ([Übersetzungshilfe](#))

Der ständige Vertreter Chinas bei den UN, Zhang Jun, erklärte, die Gründe für die Zerstörung der Nord-Stream-Gaspipeline und [die dafür Verantwortlichen sollten herausgefunden werden](#).

[Jeffrey David Sachs](#), Jg. 1954, ist ein US-amerikanischer Ökonom und seit 2002 Sonderberater der 'Millennium Development Goals'. Er ist Direktor des 'UN Sustainable Development Solutions Network' sowie Direktor des 'Earth Institute an der Columbia University'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Raymond McGovern: **Das wahre Problem: Der blutgetränkte Waffenhandel**

Raymond McGovern, ehemaliger CIA-Mitarbeiter und Russland-Spezialist, hat am 31.01.2023 in einem Interview einen [Appell an den Papst Franziskus gerichtet sich persönlich für Friedensgespräche einzusetzen](#). Seiner Ansicht nach ist der blutige Waffenhandel das wahre Problem im Ukraine Krieg. Es dürfe nicht sein, dass der Papst wie beim Zweiten Weltkrieg

schweigt; dabei sei seine moralische Führerschaft von Vorteil, insbesondere da US-Präsident Joe Biden Katholik sei. Der Papst solle sich ein Beispiel an Jesus Christus nehmen. Die Situation sei gefährlicher als der Irak-Krieg, es bestehe die Gefahr eines Atomkonflikts. (Video mit deutscher Live-Übersetzung, ab 2m00 von 16m56; der wörtliche Appell ab 13m00).

*Ray McGovern, Jg. 1939, war [als Offizier der CIA unter sieben US-Präsidenten](#) insgesamt über 27 Jahre lang für die morgendliche Berichterstattung im Weißen Haus zuständig; [gründete 2003](#) mit anderen CIA-Analysten das Komitee der 'Veteran Intelligence Professionals for Sanity' (VIPS). (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

### ● Langer Krieg in der Ukraine ist gegen US-Interessen

Die vom Militär finanzierte '[RAND Corporation](#)' warnt in einem neuen Bericht vor einem "langwierigen Konflikt" in der Ukraine und erklärt, dass ein längerer Krieg den Interessen der USA zuwiderlaufe, da damit das Risiko eines Atomkriegs steige und die Konzentration auf einen zukünftigen Konflikt mit China erschwere. Die USA sollten "künftige Militärhilfe von einer ukrainischen Verpflichtung zu Verhandlungen abhängig machen". Damit widerspricht die Organisation nach Dave DeCamp der Auffassung vieler Falken in Washington, dass die USA den Kampf gegen Russland langfristig unterstützen sollten.

Auch wenn die Studie "Avoiding a Long War" der RAND-Corporation nur ein Versuchsballon gewesen sein sollte, lohnt es sich nach Ralph Bosshard das Papier näher anzuschauen. Dabei stellt Bosshard u.a. fest, dass die von den USA gelieferten Waffen lediglich dazu dienen sollen, die Ukraine in eine bessere Verhandlungsposition zu bringen, nicht dazu den Donbass und die Krim zurück zu erobern. Zudem sei es möglich, dass man die schwindenden Waffen in Zukunft woanders brauche. Da Russland durch den Krieg enger an China gebunden werde, bringe er keine Vorteile für die USA. Die wachsende Bindung Russlands an den Iran könne auch zu Kernwaffenlieferungen an dieses Land und damit zu hellem Entsetzen in Israel und am Persischen Golf führen. Die Studie sage deutlich, dass ein langer Krieg wegen der wirtschaftlichen Folgen für die USA und die Weltwirtschaft enormen wirtschaftlichen Schaden bringe. Bosshard geht fest davon aus, dass sich Russland die besetzten Gebiete einverleiben wird. Und dass die USA den Russen möglichst wenige Ukrainer überlassen wollen. Bosshard geht auch davon aus, dass aufgrund der seit 2014 gewachsenen Verfeindung zwischen der Westukraine und dem Donbass eine "harte Grenze erforderlich sei. Aber auch die Vertragstreue Kiews werde von Moskau sicherlich ebenso in Frage gestellt wie umgekehrt. Bosshard sieht in der [Studie keine Grundlage für eine dauerhafte Friedenslösung](#), da sie nur die Interessen der USA im Auge habe.

Die USA haben am 25.01.2023 angekündigt, dass sie 31 M1-Abrams-Panzer in die Ukraine schicken werden. Laut AP kann es allerdings Monate oder sogar Jahre dauern, bis die Panzer eintreffen, und möglicherweise werden sie nie auf dem Schlachtfeld eingesetzt. Für Ted Snider war die Ankündigung dieser Panzer, die laut Verteidigungsminister Lloyd Austin und Generalstabschef Mark Milley "im Moment nicht die richtigen Fahrzeuge für den Kampf in der Ukraine sind", wohl eher strategischer und diplomatischer als militärischer Natur: "Mit dem Versprechen, die Panzer zu schicken, ohne jemals ein Lieferdatum zu nennen, [haben die USA Deutschland und Europa möglicherweise die Möglichkeit gegeben, ihre Leopard-Panzer zu schicken](#), ohne jemals US-Panzer auf das aktuelle Schlachtfeld zu schicken." Falls die Ankündigung doch einen militärischen Hintergrund habe, dann den, dass damit das nächste Schlachtfeld in der Ukraine verhindert werden soll; dafür sei die verzögerte Auslieferung pünktlich.

*[Dave DeCamp](#) ist stellvertretender Redakteur bei Antiwar.com und freiberuflicher Journalist in Brooklyn, NY, mit Schwerpunkt auf US-Außenpolitik und Kriegen. (Red.)*

*[Ralph Bosshard](#), Oberstleutnant a.D., war Berufsoffizier der Schweizer Armee, erfuhr Ausbildung an der Generalstabs-Akademie der russischen Armee in Moskau, diente als*

*militärischer Sonderberater des Ständigen Vertreters der Schweiz bei der OSZE, als Senior Planning Officer in der 'Special Monitoring Mission to Ukraine' und als Operationsoffizier in der Hochrangigen Planungsgruppe der OSZE. Zivilberuflich Historiker (Magister, Universität Zürich). (Red.)*

*[Ted Snider](#) ist regelmäßiger Kolumnist über die US-Außenpolitik und Geschichte bei Antikrieg.com. Darüber hinaus schreibt er häufig für Truthout, Mondoweiss, CommonDreams und andere Medien. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- **Jeremy Kuzmarov: Linke und Rechte protestieren gemeinsam gegen den Krieg in der Ukraine, der sich vor einem Jahr jährte**

Mehrere tausend Menschen versammelten sich am 19.02.2023 am Lincoln Memorial in Washington DC unter dem Motto "[Rage Against Ukraine War](#)", um gegen die Unterstützung der USA für den Krieg in der Ukraine rund um dessen einjähriges Jubiläum zu protestieren. Der Protest wurde von der 'People's Party' und der 'Libertarian Party' organisiert. Sie brachte linke und libertäre rechte Gruppen zusammen, die sich einig waren in ihrer Forderung, dass die US-Regierung keinen Cent mehr für den Krieg in der Ukraine ausgeben dürfe.

Max Blumenthal, vom 'The Grayzone Project', erinnerte eingangs daran, dass die Menschen in Luhansk und Donezk neun Jahre lang unter Bomben der USA und bekennender Neonazi-Truppen gelitten haben. Für Chris Hedge wird der Ukraine-Krieg von denen geführt, die schon den Kalten Krieg und den Krieg gegen den Terror vorangetrieben haben, ohne sich Gedanken um die Opfer zu machen. Dennis Kucinich plädierte dafür, Beamte der Biden-Regierung für ihre offensichtliche und illegale Bombardierung der Nord-Stream-2-Pipeline zur Rechenschaft zu ziehen. Die Menschen in der Ukraine würden nur "als Schachfiguren in einem böartigen geopolitischen Schachspiel benutzt". Für Nick Brana, Gründer der Volkspartei, war die Kundgebung "die größte Antikriegsdemonstration seit dem Irakkrieg und dringend nötig". Ähnlich äußerte sich Pat Ford von der 'Libertarian Party'. Der Komiker Jimmy Dore zitierte eine Liste, wie die US-Regierung die 100 Mrd. Dollar, die für Waffen in der Ukraine verwendet wurden, hätte ausgeben können. Für ihn wird die US-Regierung von der mächtigsten Mafia geführt, die es je gab. Sogar seine Nobelpreisträger sind Kriegsverbrecher, wie z.B. Barack Obama, der Libyen und Syrien habe bombardieren lassen. Die Kundgebung endete mit Bemerkungen über ein Video von Pink Floyd-Gründer Roger Waters, der sagte, dass wir nicht in dem gegenwärtigen Schlamassel wären, wenn die US-Führung das Versprechen von Außenminister James Baker von 1991 gehalten hätte, im Gegenzug für den Abzug russischer Truppen aus Deutschland die NATO keinen Zoll nach Osten zu erweitern, und 2014 keinen illegalen Putsch in der Ukraine inszeniert hätte.

*[Jeremy Kuzmarov](#) ist leitender Redakteur des 'CovertAction Magazine' und lehrt Geschichte am 'Tulsa Community College'. Er hat vier Bücher über die US-Außenpolitik geschrieben, darunter das jüngste, "Obama's Unending Wars" (Clarity Press, 2019). (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- **Matthew Ehret: Das andere Amerika - oder die drei verpassten Chancen, den Dritten Weltkrieg zu vermeiden**

Matthew Ehret kann angesichts des alltäglichen Geredes von einem nuklearen Armageddon nicht verstehen, warum führende Persönlichkeiten des "freien und demokratischen" Westens [so blind für ihre eigenen strategischen Interessen geworden](#) sind, dass sie freiwillig riskieren würden, einen thermonuklearen Brand über den Globus zu legen, anstatt die Politik der "globalen NATO" und des internationalen Unipolarismus zu beenden. Um diese Krise zu beenden, sei es notwendig,

“die Natur der Akteure richtig erkennen, die die Welt an den Rand der Vernichtung treiben“. Ehret sieht drei Versuche, die unipolaristischen Ideologen zu stürzen und eine tragfähige Grundlage für die amerikanisch-russische Zusammenarbeit zu schaffen. Er stellt diese Versuche dar.

Der erste Versuch (1988-1992) wurde durch Persönlichkeiten der Gorbatschow-Regierung und ihren US-amerikanischen Amtskollegen in der Reagan-Administration sowie Vertretern der Deutschen Bank unter Alfred Herrhausen geprägt. Es kam aber nicht zu einer Ost-West-Kooperation, weil Gegenkräfte Russland zerbrechen und eine neue Weltordnung errichten wollten.

Beim zweiten Versuch (1999-2001) versuchten über 100 Abgeordnete einem Aufruf des republikanischen Kongressabgeordneten Curt Weldon die Beziehungen zwischen den USA und einem Russland unter Wladimir Putin grundlegend und zum beiderseitigen Vorteil zu ändern. Aber die Regierung unter George Bush jr. vertrat eine ganz andere Sicht: Es kam zu einem obsessiven militärischen Streben nach globaler Vorherrschaft. Dazu wurde selbst eine biologische Kriegsführung gegen bestimmte Genotypen ins Auge gefasst.

Der dritte Versuch (2016-2020) begann mit dem überraschenden Wahlsieg von Donald Trump. Er trat dafür ein, das Geld, das in den USA, Russland und China für Waffen ausgegeben wird, “für Dinge auszugeben, die für den langfristigen Frieden produktiver sind“. Auch dieser Versuch scheiterte am tiefen Staat. Matthew gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass nicht nur gut positionierte Politiker, sondern auch ein Netzwerk gut organisierter, informierter und engagierter amerikanischer Bürger einen Weg finden, über die Richtung in ein neues Zeitalter der Zusammenarbeit nachzudenken.

*[Matthew Ehret](#) ist Journalist, Historiker und Gründer der Canadian Patriot Review, veröffentlicht in ‘Global Times of China’, Executive Review, ‘21st Century Science and Technology’, auf ‘VeteransToday.com’ und ‘GlobalResearch.org’. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

### ● **Frankreich: Rentenreform per Dekret gegen den Volkswillen**

Nach Pierre Lévy erlebte Frankreich am 19.01.2023 eine riesige Welle von Demonstranten und Streikenden. Alle Gewerkschaften hatten mobilisiert, um “die von der Regierungschefin Elisabeth Borne neun Tage zuvor [vorgestellte Rentenreform zu verhindern](#)“. Die Behauptung, dass die Parameter des Systems geändert werden müssten, “um langfristig ein finanzielles Ungleichgewicht zu vermeiden“, wird nach Lévy von zahlreichen Wirtschaftswissenschaftlern bestritten. Vielmehr geben hohe Beamte des Finanzministeriums in privaten Gesprächen zu, “man müsse die Finanzmärkte zufriedenstellen – zumindest dürfe man nicht das Risiko eingehen, sie zu verärgern“. Auch die Behauptung, dass die demografische Entwicklung ein Ungleichgewicht erzeuge, ist nach Lévy zu einfach, denn man müsse auch den Anstieg der Arbeitsproduktivität berücksichtigen. Sollte es doch zu einem Ausgleichsproblem kommen, so sind nach Lévy die Beiträge zu erhöhen, insbesondere für die Arbeitgeber.

Mit dem achten großen Protest- und Streiktag am 15.03.2023 nähert sich die Auseinandersetzung um die Rentenreform nach Hansgeorg Hermann einem Höhepunkt, nachdem schon die bisherigen Aktionen das [Alltagsleben des Landes hinsichtlich Müllabfuhr, Kraftstoffversorgung und Transport seit Wochen unterbrochen](#) haben. Sprecher der Gewerkschaft CGT, aber auch die christlich orientierte CFTD, warnten Macron und seine Regierung, die “Reform“ mit Hilfe des Verfassungsartikels 49.3 am Parlament vorbei zu dekretieren, um vor allem die Heraufsetzung des Renteneintrittsalter von 62 auf 64 durchzusetzen. Ein solches Dekret “würde unsere Organisationen vielmehr veranlassen, den unbegrenzten Streik noch zu verschärfen“.

Am 16.03.2023 hat Präsident Emmanuel Macron in einer kurzfristig einberufenen Kabinettsitzung entschieden, die Rentenreform [ohne finale Abstimmung in der Nationalversammlung, sondern per Dekret](#) umzusetzen. Die Reform war vom Senat bereits

angenommen worden, hätte aber in der Nationalversammlung keine Mehrheit gefunden. Premierministerin Elisabeth Borne erklärte, sie übernehme die Verantwortung. Die zu erwartenden Misstrauensvoten können in den nächsten 24 Stunden eingereicht werden. Die Vertrauensabstimmung wird voraussichtlich am 20.03.2023 erfolgen. Die Gewerkschaften kündigten die [Fortsetzung der Proteste und Streiks](#) an, die Frankreich in den vergangenen Wochen in Atem gehalten haben.

[Pierre Lévy](#), Jg. 1958, Journalist, Herausgeber der Internetseite [‘Rupture’](#), ehemaliger Redakteur bei der Tageszeitung *‘L’Humanité’* (1996-2001); ehemaliger Gewerkschafter bei *‘CGT-Métallurgie’*. (Red.)

[Hansgeorg Hermann](#), Jg. 1948, arbeitete nach seinem Jura-Studium in Göttingen als Journalist. Er lebte 16 Jahre auf Kreta und arbeitet heute als Journalist und Bergführer in Paris. (Red.)

[Michaela Wiegel](#), Jg. 1968, studierte in Paris Politikwissenschaften, erwarb in den USA einen Master in *‘Public Administration’* und berichtet seit 1998 als politische FAZ-Korrespondentin für Frankreich aus Paris. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

### ● Hans Boller: **Vor China muss man sich nicht fürchten**

Trotz Chinas Verweigerung, Russland mit einer UN-Abstimmung wegen seiner militärischen Aktion gegen die Ukraine als Aggressor zu verurteilen, war es möglich, dass sich die Präsidenten der USA und Chinas auf dem G20-Gipfel etwas näherten. Eine gegenseitige Achtung der jeweiligen Interessen konnten sich die beiden Mächte zubilligen, aber eine Verletzung der Kerninteressen, wie z.B. eine US-Intervention in Taiwan, hat Chinas Präsident entschieden zurückgewiesen.

Hans Boller versucht uns die Anliegen Chinas in ihrer Tiefe näher zu bringen. Zunächst führt er aus, dass es einen grundlegenden Unterschied in der Ausgangsposition zwischen den USA und China gibt. Die USA bzw. der Westen stellen “die Bedürfnisse und die Entfaltung des Individuums seit der Aufklärung in den Mittelpunkt unserer Überlegungen zu Staat und Gesellschaft“. Für die Chinesen kommen diese Rechte erst nach den Rechten auf Ernährung, Bekleidung und Unterbringung, sodann nach dem Recht auf Bildung und Teilhabe am kulturellen Leben als Grundvoraussetzungen für jedes menschenwürdige Dasein. D.h. die materielle Sicherstellung kommt für die Chinesen vor dem Recht, die eigene Regierung zu kritisieren. Dabei stützt sich China auf die internationalen Pakte I und II der seit 1966 rechtlich verbindlichen Menschenrechte ab.

In dieser Sichtweise hat China mit dem Sieg über die extreme Armut 800 Millionen positive Fälle gemäß Pakt I zu verzeichnen. Dies hat China mit einem Wirtschaftssystem geschafft, das man nach Boller “als marktwirtschaftlichen Sozialismus oder sozialistische Marktwirtschaft bezeichnen“ kann. Dieses System steht unter der Leitung und Kontrolle von Zentralkomitee und Politbüro der kommunistischen Partei, die unbestritten dem Marxismus “als Methode der Analyse und des praktischen Handelns“ folgt, aber “nicht als unveränderliche dogmatische Denkvorgabe“.

Das praktische Handeln ist charakterisiert durch seine Öffnung nach außen, durch seinen Austausch mit der Welt. Am deutlichsten wird dies an dem für alle offenen Projekt “Belt and Road Initiative“ (BRI, Neue Seidenstraße), das mittlerweile Handelskorridore, Verbindungen und Stützpunkte in über 130 Ländern umfasst. Aus diesem von China vorfinanzierten Projekt zieht China den größten Nutzen, aber alle teilnehmenden Staaten können profitieren bzw. in ihrer Entwicklung vorankommen. Manche Teilnehmer bewerben sich zur Überraschung Chinas, wie Griechenland. Auftretende Mängel, wie Schwierigkeiten bei der Finanzierung oder Korruption oder mangelnde Beachtung ökologischer Aspekte sind nach Boller zu verbessern. Aber entgegen westlicher Befürchtungen dient das Projekt BRI nach Boller nicht der Eroberung der Weltherrschaft, sondern es setzt das alte Muster chinesischen Verhaltens, den regen Handel mit

der Welt fort. Durch ein ähnliches Verhalten könnten die USA und Europa enorm zur friedlichen Lösung der Probleme von Entwicklungsländern beitragen.

Da die chinesische Prioritätensetzung vor allem "auf andersartigen kulturellen und philosophischen Traditionen" beruht, sowie der chinesische Marxismus große Affinitäten mit alten chinesischen Denktraditionen hat, setzt uns Hans Boller die Werteordnung Chinas auseinander. In dieser spielt vor allem der Konfuzianismus, der neben dem Daoismus und dem Buddhismus eine immer noch eine dominierende Rolle. So heißen im konfuzianisch geprägten China die wesentlichen Werte Zwischenmenschlichkeit, Gerechtigkeit, Höflichkeit, Weisheit und Vertrauenswürdigkeit. Freiheit kommt nicht vor. Das chinesische Familienmodell baut auf Autorität, Verantwortung, Gehorsam, Respekt, Pflichtbewusstsein und Hingabe. Die Freiheit des Individuums spielt auch im moderneren Konzept Tianxia keine Rolle. Hier ist das Ziel eine Gesellschaft bzw. ein Verwaltungssystem zu errichten, die dem Nutzen aller verpflichtet sind. Bündnisse solcher Gemeinschaften sollten freiwillig und zu aller Vorteil erfolgen. Mit dieser Haltung gelang es, viele "Stämme und Clans, unter einem maximal adaptiven Regierungs- und Verwaltungssystem zusammenzufassen und mehr als 800 Jahre lang auch zusammenzuhalten", ohne dass diese ihre Eigenart aufgeben mussten. [Nichteinmischung und die Betonung des Verbindenden sollten die Zusammenarbeit prägen](#). "Individuelle Rationalität" wird als Rohzustand jedes Lebewesens gesehen, aber zivilisatorische Leistungen können nur mit "relationaler Rationalität" erbracht werden.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt Boller Europa mit Selbstvertrauen und furchtlos, vor allem aber mit strategischem Blick dem nicht kriegerischen China gegenüber zu treten. Es sei nicht zu verhindern, dass China und Indien auch bzgl. des Bruttoinlandsprodukts mit dem Westen gleichziehen. Da auch die demografische Entwicklung in Afrika voranschreiten werde, sei Europa gut beraten das BRI-Konzept mit seinem Beitrag zu weltweiter Entwicklung und Wohlergehen nicht nur als hilfreich dafür anzusehen, dass die Migration nach Europa in Grenzen gehalten werden kann. Vielmehr "sollten alle Beteiligten, vor allem aber die einflussreichen, mächtigen Akteure, vermehrt zusammenarbeiten, um die dringenden transnationalen Probleme wie Frieden und Sicherheit, Klimawandel, Armut, Hunger und Migration entschlossener als bisher anzugehen. Es gilt insbesondere, die Logik der Konfrontation zu überwinden und in einer herausziehenden, multipolaren Weltordnung neue Formen der Zusammenarbeit zu finden."

Frank Sieren geht fest davon aus, dass China, auch wenn es ihm in Zukunft wirtschaftlich immer besser gehen wird, immer [stärker an die Gemeinschaft denken](#) wird, als der Westen. Das sei übrigens in ganz Asien so. Aber Sieren geht auch davon aus, dass die Menschen mit zunehmender Entwicklungsreife mehr Freiheitsrechte einfordern werden. Es sei wichtig zu wissen, dass für die Mehrheit der Chinesen der Staat den wirtschaftlichen Aufstieg gemanagt hat. Auch das Rechtssystem habe sich sehr stark geändert. Allerdings gelte der Datenschutz bisher nur für das Verhältnis der Industrie zum Individuum, aber (noch) nicht im Verhältnis des Staates zum Bürger. Sieren mahnt: "Die Epoche, in der die Minderheit des Westens - erst die Europäer, dann die Amerikaner - die Spielregeln der Welt bestimmt haben, geht zu Ende." Wenn der Westen nicht bereit sei, China einen legitimen Platz am Tisch der Mächtigen einzuräumen, so drohe ihm der wirtschaftliche und politische Absturz.

*[Hans Boller](#), Jg. 1947, ist promovierter Sozialwissenschaftler und Philosoph. Er beschäftigt sich seit den 1960er Jahren mit China, hat von 1976 bis 1983 in China gelebt und war erster akkreditierter Schweizer Journalist in dem Land. Er war langjähriger Vizepräsident der Wirtschaftskammer Schweiz-China. Mit seiner Stiftung Mediatank will er den Dialog zwischen europäischen und chinesischen Meinungsführern fördern. (Red.)*

*[Frank Sieren](#), Jg. 1967, ist Journalist, Buchautor und Dokumentarfilmer. Der Wirtschaftsjournalist und China-Kenner lebt seit 1994 in Beijing und berichtet von dort für verschiedene deutsche Medien. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑